Thorner Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk, durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm.

Nr. 5 — Dienstag, 7. Januar — 1919

Neueste Nachrichten.

Die Lage in Bromberg.

Bromberg, 5. Januar. Bromberger Truppen unter Führung ihrer Soldatenräte und selbstgewählten Offiziere haben Schubin und Mrotschen von den Polen gesäubert. In beiden Orten wurden den Polen viele Gewehre abgenommen. Bromberger Verluste: einige Leichtverwundete. Nakel wurde von den Polen freiwillig geräumt.

Bromberg, 5. Januar. Nachdem Minister Ernst und Unterstaatssekretär Göhre vor kurzem in Posen informatorische Besprechungen über die Lage in Posen gehabt haben, haben auch die Verhältnisse im Regierungsbezirk Bromberg Veranlassung zu einer weiteren Besprechung über die Lage im Bezirk Bromberg gegeben, zu der die Minister des Innern und der Kriegsminister je einen Kommissar entsandt hatten. An der Besprechung, die am 4. Januar 1919 in Bromberg stattfand, nahmen auch eine Anzahl polnischer Vertreter aus Posen unter Führung des Abgeordneten Korfanty teil. Es fand eine ausgedehnte Besprechung der gesamten militärischen und politischen Zustände im Bromberger Bezirk statt, bei der die Polen ihre Forderungen formulierten. Die politischen Forderungen werden der Reichsleitung und der preußischen Regierung unterbreitet, wobei gegenüber einem viel verbreiteten anders lautenden Gerüchte hervorzuheben ist, daß inbezug auf den Bezirk Bromberg bisher noch keinerlei Entschließungen und Abmachungen der Regierung vorliegen. Ueber die militärischen Fragen soll in einer Konferenz die in den nächsten Tagen in Posen stattfinden soll, weiter verhandelt werden, jedoch wurde schon jetzt eine Verständigung erzielt, daß die Polen den weiteren militärischen Vormarsch einstellen und den Bahnhof Nakel, der besetzt gehalten wird, wodurch eine schwere Bedrohung des Bahnverkehrs entsteht, sogleich räumen. Der Bahnhof Nakel soll von einem Detachement der Bromberger Division besetzt werden, die Aufrechterhaltung der Sicherheit in der Stadt Nakel bleibt in den Händen der dort gebildeten Bürgerwehr.

Die Polen in Strelno.

Strelno, 4. Januar. Zu den Vorgängen in und bei Strelno wird von einem Augenzeugen berichtet, daß der Angriff auf den 100 Mann starken deutschen Grenzschutz am 2. Januar von mehreren polnischen Kompanien erfolgte. Die deutschen Truppen verteidigten sich aufs äußerste, mußten aber der Uebermacht weichen. Die Zahl der Toten auf beiden Seiten beträgt sieben, die der Verwundeten gegen 30. Gegen 7 Uhr abends zogen die polnischen Truppen in Strelno ein. Es wurden sofort sämtliche deutschen Behörden besetzt und viele deutsche Beamte ihres Amtes enthoben. Bei allen deutschen Bewohnern wurden mehrfach Haussuchungen vorgenommen, wobei es zu schweren Uebergriffen und Erpressungen der polnischen Soldaten kam. Eine Anzahl Geschäftsläden wurde geplündert. Ein jüdischer Bürger mußte 3400 u. eine Landwirtsfrau 1500 Mark hergeben. Der Landrat und der Kreisbaumeister wurden verhaftet unter der Beschuldigung, den Grenzschutz veranlaßt zu haben, andere Bürger, weil aus ihren Häusern geschossen worden sei. Das Kaiser Wilhelm-Denkmal, eines der schönsten der Provinz Posen, das seinerzeit mit einem Kostenaufwand von 70 000 Mark errichtet wurde, wurde umgestürzt, zwei Pferde davor gespannt und dann unter Gejohle durch die Straßen geschleift.

Transporte auf der Schelde.

Haag, 4. Januar. Das Ministerium des Aeußern gibt bekannt: Im Anschluß an ihr Gesuch um Durchführung der Vorräte für die Besatzungstruppen in Deutschland auf der Schelde hat die britische Regierung den Wunsch ausgesprochen, von dem genannten Fall auch für die Heimsendung der zu demobilisierenden Truppen Gebrauch machen zu dürfen. Die niederländische Regierung hat hierauf geantwortet, sie werde gern ihre Zustimmung geben unter dem Vorbehalt, daß es sich hierbei um einen Ausnahmefall handle, der keinen Berufungsfall darstellt, daß ferner die Transporte unter der Handelsflagge stattfinden, keine Munition umfassen, daß nur die Offiziere Waffen tragen dürfen, und daß sämtliche Transporte zuvor bei den niederländischen Behörden angemeldet werden.

Die Deutschnationale Volkspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei wendet sich in ihrer Agitation und ihren Flugblättern im steigenden Maße gegen die Deutsche demokratische Partei. Insofern daraus die Anerkennung der Tatsache zu ersehen ist, daß die Deutsche demokratische Partei einer der Hauptgegner der Deutschnationalen Volkspartei ist, nehmen wir von dieser Tatsache mit Befriedigung Kenntnis. Weniger befriedigt uns die Art, in der die Agitation gegen uns geführt wird. Unwahrhaftigkeit und Demagogie feiern darin, wie wir das von früher her vom Bund der Landwirte und von den Antisemiten gewohnt waren, ihren Triumph.

Immer wieder erhebt die Deutschnationale Volkspartei den Vorwurf, daß die Deutsche demokratische Partei bezw. die Parteien und Richtungen der Vorrevolutionszeit, aus denen sie gebildet ist, an der Niederlage Deutschlands die Schuld tragen. Einen haltloseren Vorwurf kann es wirklich nicht geben. **Die Politik unserer annexionistischen Parteien, die Politik unserer politisierenden Militärs, sie und niemand anders tragen die Schuld an unserem Zusammenbruch und damit letzthin auch an der Revolution.** Wer war es, der das unselige Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober vorigen Jahres von der politischen Reichsleitung erzwungen hat? Kein anderer als der General Ludendorff, der in dem völligen Zusammenbruch seines politischen und militärischen Systems nur noch diesen Ausweg sah, der uns mit gebundenen Händen unseren Feinden überliefern mußte. Wer war der Schildträger der politisch-militaristischen Gewaltpolitik seit Kriegsbeginn? Eben die Parteien, die sich heute mit schamhafter Verschweigung ihrer früheren konservativen Bezeichnungen Deutschnationale Volkspartei nennen. **Es ist politische Brunnenvergiftung, es ist Demagogie schlimmster Art, wenn man diese offenkundigen Tatsachen, über die ein Streit überhaupt nicht möglich ist, in der Agitation verdreht.** Daß diese Verdrehung offenkundiger Tatsachen hie und da Gläubige findet, daran trägt lediglich die radikal-sozialistische und bolschewistische Agitation die Schuld, die sich damit als das erweist, was sie in Wirklichkeit auch ist, als der Vorspann und der beste Bundesgenosse der Reaktion im jetzigen Wahlkampf.

Vollkommen haltlos ist natürlich auch die Behauptung, daß die Revolution des 9. November zum Waffenstillstand gezwungen habe. Wie aus den vorstehenden Ausführungen ersichtlich ist, zwang dazu nicht die Revolution, sondern das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober und die Politik, die zu diesem geführt hat. Wir wollen ganz gewiß nicht leugnen, daß die russisch bolschewistische Agitation und die russischen Millionen ein wertvolles Hilfsmittel für die deutsche Revolution gewesen sind — gemacht ist diese davon ganz gewiß nicht. Die Revolution kam wie ein Gewitter, wie ein Verhängnis, wie man will, über uns, **ihre tiefsten Ursachen finden wir aber auch wieder in der völlig verfehlten Politik der Politiker der Deutschnationalen Volkspartei, die durch ihren Mangel an Vertrauen zum deutschen Volke, die durch ihr Feilschen und Markten um die Erweiterung politischer und sozialer Freiheiten des Volkes** (man denke nur an den erbärmlichen Schacher um das preußische Wahlrecht!) **den Boden vorbereitet hatten, auf dem die Saat der Revolution in die Halme schießen konnte.** Sämtliche Gründer der Deutschnationalen Volkspartei, ihre liberalen Mitläufer wie Dr. Traub, Dr. Schiele nicht zu vergessen, sind so schuldbeladen, sind so mitverantwortlich an dem nationalen Jammer unserer Tage, daß man wirklich ihren Mut bewundern muß, sich laut als Ankläger gegen andere Parteien auf die Gasse zu stellen. Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit wird die lähmende und schmerzliche Erkenntnis der Oktober- und Novembertage des vorigen Jahres nicht vergessen: **daß die Konservativen, die Alldeutschen, und wie sonst immer ihr Anhang heißen mochte, das deutsche Volk so unvermittelt vor den katastrophalen Zusammenbruch höchstgespannter Hoffnungen gestellt hatte.**

Verächtlich darum ist es geradezu, wenn aus den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei der Deutschen demokratischen Partei der Vorwurf gemacht wird, diese ermangele des rechten nationalen Sinnes. Wollte Gott, die demokratischen Gedanken hätten im Kriege die verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands maßgebend beeinflußt! Wollte Gott, diese Gedanken fänden wenigstens jetzt bei denen Gehör, die die Geschichte unseres Volkes in der Schmach und Erniedrigung unserer Tage bestimmen! **Seit dem ersten Tage ihres Bestehens hat die Deutsche demokratische Partei nicht aufgehört, für die unveräußerlichen nationalen Rechte unseres Volkes einzutreten.** Sie war es, die von unseren Abgesandten auf der Friedenskonferenz männliches und würdevolles Auftreten forderte, sie war es, die den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich auf das wärmste begrüßte und die Reichsregierung immer wieder zu entscheidenden Schritten drängte; sie war es, die den polnischen Anmaßungen vom ersten Tage an in der nachdrücklichsten Weise entgegentrat und die Reichsregierung wegen ihrer Energielosigkeit wiederholt auf das schärfste angegriffen hat; sie war es, die das deutsche Recht an Elsaß-Lothringen keinen Augenblick preisgegeben hat — kurz, sie war überall da, wo es galt, unseres Volkes, unseres Landes und unseres Staates Rechte zu wahren, sie war da auch dann, wenn andere Parteien, die Deutschnationale Volkspartei eingeschlossen, fehlten. Es ist eine Unwahrheit und es ist eine Unverschämtheit, um keine stärkeren Ausdrücke zu gebrauchen, der Deutschen demokratischen Partei nachzusagen, sie stehe nicht dort, wo die Not des Reiches jeden Vaterlandsfreund zu stehen heißt. Wenn irgendwann, so gilt heute das Wort: **„Das Herz der deutschen Demokratie schlägt dort, wo Deutschlands Fahnen wehen!"**

Ein Wort noch zu dem Vorwurf, die Deutsche demokratische Partei sei die Partei des Judentums, die Partei des „Berliner Tageblattes", die Judenschutztruppe und wie derartige Behauptungen alle lauten. In einem uns vorliegenden Aufrufe der Deutschnationalen Volkspartei an die evangelischen Männer und Frauen wird gesagt: „Die hervorragendsten Rufer der Demokratie sind, wie bei der Sozialdemokratie Nichtchristen, Nichtdeutsche." Auf diese dummen Anwürfe ist zu sagen, daß die Deutsche demokratische Partei eine allgemeine Volkspartei ist, die die Gleichberechtigung aller Stände, aller Klassen und aller Konfessionen im Volke fordert. Sie weist niemand zurück, der sich zu ihren Zielen und ihren Grundsätzen bekennt, also auch keinen Juden. Unwahr aber ist es, nun etwa von der Deutschen demokratischen Partei zu behaupten, daß sie vom „Berliner Tageblatt", von Herrn Theodor Wolff oder von irgend jemand sonst abhängig sei. Das „Berliner Tageblatt" ist ausschließlich für seine Politik verantwortlich, ebenso wie die Deutsche demokratische Partei für die ihre. Unwahr ist es auch, daß die hervorragendsten Rufer der Demokratie Nichtchristen und Nichtdeutsche seien. Was der Ausdruck „Nichtdeutsche" sagen will, verstehen wir überhaupt nicht. Oder will die Deutschnationale Volkspartei einen der hervorragendsten Begründer der konservativen Weltanschauung, den deutschen Juden Stahl verleugnen? Oder schämt sich eine an hervorragender Stelle befindliche Kandidatin der Deutschnationalen Volkspartei in Groß-Berlin der Tropfen jüdischen Blutes, die in ihren Adern fließen? Jeder Blick auf die Kandidatenliste der Deutschen demokratischen Partei zu den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zeigt, wie unberechtigt auch der Vorwurf ist, „das nichtchristliche Element stelle in ihren Reihen die hervorragendsten Rufer im Streit." Nur Böswilligkeit kann trotzdem immer wieder solche Behauptungen laut werden lassen.

Mit diesen Feststellungen mag es für heute genug sein. Weitere werden gelegentlich folgen. Im übrigen fürchten wir die Angriffe der Deutschnationalen Volkspartei nicht ist, daß wir dem Urteil des deutschen Volkes am 19. Januar mit der Ruhe entgegensehen, die nur ein gutes Gewissen verleihen kann!

Die Lage in Bromberg.

Bromberg, 4. Januar. Von offizieller Seite wird mitgeteilt, daß zwischen der polnischen Volksvertretung und der deutschen Regierung bis jetzt keine Vereinbarungen getroffen worden sind. Die deutsche Regierung hat lediglich die Wünsche der Polen entgegengenommen. Mit dem Regierungsbezirk Brombero sind überhaupt noch keine Abmachungen getroffen worden.

Vom polnischen Volksrat in Posen.

Posen, 4. Januar. Gestern fand hier eine Vollversammlung des polnischen Obersten Volksrates statt. Es wurde einmütig beschlossen, einen aus hundert Mitgliedern aus ganz Polen bestehenden Nationalrat in Warschau zu begründen, der alle Parteien umfassen und bis zur Zusammenkunft des polnischen Landtages die Funktionen eines Kontrollorgans übernehmen soll. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Mit Rücksicht darauf, daß allgemein der Oberste Volksrat die tatsächliche Macht besitzt, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, sowie das Leben und das Eigentum der Bewohner ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Nationalität zu beschützen, sei es unbedingt notwendig, daß der Oberste Volksrat die Verwaltung in seine Hand nehme.

Die Beratungen der Reichsregierung und des Zentralrates,

die unter Zuziehung des neuen Kriegsministers in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind in allgemeiner Uebereinstimmung beendet worden. Man hat auch angesichts der Ereignisse zu einem wesentlichen Ausbau des Grenzschutzes entschlossen. Am Dienstag wird der Aufruf an die Freiwilligen ergehen, und es werden gleichzeitig die einschlägigen Bestimmungen über die Kommandostellen, die Höhe der Löhne und die Art der Organisation veröffentlicht werden.

Zu der Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn

ist zu berichten, daß gegen Eichhorn in der letzten Zeit von der mehrheitssozialistischen Partei verschiedene Anklagen erhoben worden sind, insbesondere daß er für den Sicherheitsdienst nur unabhängige Sozialisten und Spartakusleute angeworben habe, daß er Waffen an die Zivilbevölkerung verteilt und bis in die letzte Zeit noch in finanziellen Beziehungen zu der russischen Presseagentur (Rosta) gestanden habe.

Die Richtlinien der Deutschen demokratischen Partei.

Die Deutsche demokratische Partei hat die nachstehenden Richtlinien für das Verhältnis von Staat und Kirche aufgestellt:

Der deutsche Staat sieht alle Konfessionen, Kirchen, religiösen Organisationen und Gesinnungsgemeinschaften als gleichberechtigt an, ohne sich in ihre inneren Verhältnisse einzumischen.

Das Verhältnis der Kirchenverwaltungen zu den Staatsverwaltungen unterliegt der Regelung durch die Einzelstaaten; eine Abtrennung darf nur erfolgen unter Wahrung des Kirchenbesitzes, der geschichtlichen Rechtsansprüche und des eigenen Besteuerungsrechtes. Ein Notstand durch plötzlichen Fortfall staatlicher Zuschüsse muß vermieden werden. Gottesdienstliche Räume und Handlungen sind vor Entweihung zu schützen.

Jedem Kinde ist Gelegenheit zu geben, den Religionsunterricht seiner Konfession in der Schule zu empfangen, ohne Gewissenszwang gegen Eltern und Lehrer.

Stadttheater.

Mein Leopold. Volksstück mit Gesang in drei Akten von Adolf L'Arronge. Gestern hat uns der gute alte L'Arronge mit dem bekanntesten seiner Werke, dem Volksstück „Mein Leopold", einen Abend bereitet, den kaum einer der Besucher, die den Zuschauerraum erfüllten, zu den verlorenen zählen wird. Bei L'Arronge fühlt man sich wie in der guten Stube aus Großvaters Zeit: alles nett, sauber, behaglich, nicht prunkvoll aber gediegen, nicht streng einheitlich, aber im ganzen doch gut zusammenpassend. Für unsern Geschmack etwas zu rührselig — ohne das geht es nun einmal in den sogenannten Volksstücken nicht ab — ist die Szene die uns den vormals reichen Schuhmachermeister Weigelt in Not und Elend zeigt, nachdem ihm sein mißratener Lieblingssohn Leopold das ganze Vermögen durchgebracht hat. Den Ue-

bergang vom reichen Protzen zum armen Schlucker, dem von seiner Affenliebe zum Sohn nichts als bittere Enttäuschung geblieben ist, traf Herr Wiesner ziemlich gut, doch hätte man dem ersten Teil seiner Rolle etwas mehr breite Behäbigkeit gewünscht. Herr Wiesner erschien darin etwas zu beweglich. Den aufgeblasenen jungen Gecken, der des Vaters sauer verdientes Geld verschleudert, zeichnete Herr Blank mit sicheren Strichen. Herr Friedrichs als Starke und Fräulein Molnar als Klara Weigelt vereinigten sich zu einem biederen Handwerkerehepaar, Fräulein Malti als Dienstmädchen, Herr Henckels als Unteroffizier und Herr Walbröhl als Klavierlehrer sorgten für Heiterkeit. Das Zusammenspiel ließ mitunter zu wünschen übrig, da offenbar nicht alle Darsteller ihre Rolle hinreichend beherrschten. Trotzdem zeigten sich die Zuschauer von der Vorstellung befriedigt. Beifällig aufgenommen wurde auch die Einlage „Nur einmal möcht' ich jung noch sein" mit Text und Musik von Kapellmeister Pollini. Die Besetzung der „Kapelle", wenn man diese Bezeichnung überhaupt darauf anwenden darf, ist allerdings noch immer sehr dürftig. Man möchte meinen, der Mangel an geeigneten Kräften müßte nach und nach zu beheben sein.

— id.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 6. Januar 1919.

— **Wie verhält sich der evangelische Christ bei den Wahlen zur Nationalversammlung?** Diese Frage war Gegenstand einer Ansprache, die Herr Pfarrer Jacobi gestern Nachmittag in der altstädtischen evangelischen Kirche an die Gemeindemitglieder hielt. Der Geistliche, der die einseitige Stellungnahme für eine der politischen Parteien vermied, empfahl zur Wahl: 1. Diejenigen Männer und Frauen, die von Liebe zum deutschen Vaterlande durchglüht sind. Denn das evangelische Christentum ist mit dem Deutschtum aufs innigste verbunden; 2. diejenigen Männer und Frauen, die für Sicherheit, Ordnung und Wahrung des Eigentums eintreten; 3. Männer und Frauen, die ein Herz haben für die evangelische Kirche, für christliches Volksleben und für religiöse Jugenderziehung. — An diese Ausführungen schloß sich eine Aussprache an, zu der sich die Teilnehmer im Konfirmandenzimmer vereinigten. Herr Lehrer Karau betonte die Notwendigkeit des Religionsunterrichtes in der Schule, Herr Hauptschriftleiter Schmid legte den Standpunkt der Deutschen demokratischen Parei zur Frage „Trennung von Kirche und Staat" dar und ermahnte zur Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen. — Schließlich verlas Frl. Jackenfels eine Erklärung, in der sie die kirchenfreundliche Gesinnung ihrer Partei (der Deutschnationalen) unterstrich.

— **Die Unabhängige sozialdemokratische Partei** trat in unserer Stadt gestern im Anschluß an die Arbeitslosenversammlung zum ersten Male öffentlich hervor. Großer Sympathie scheint sie sich in unseren Mauern nicht zu erfreuen, denn mehr als ³/₄ der Teilnehmer an der großen Arbeitslosenversammlung verließen beim Beginn des Vortrages der Frau Käte Leu-Danzig den Saal. Rednerin sprach über das Thema „Wie wählen wir am 19. Januar?" Ihre auf den Augenblickserfolg abzielenden Ausführungen fanden nicht den von Rednerin gewünschten Beifall. Nach einem mit mehr als sozialistischen Schlagwörtern gewürzten Feldzug gegen die bürgerlichen Parteien, von denen besonders die deutschnationale Volkspartei schlecht weg kam, deren Angehörige (die früheren Konservativen) sie mit wenig schmeichelhaften Namen wie Spitzbubengesellschaft, Raub- und Strauchritter belegte, erläuterte Rednerin den Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, zwischen den Mehrheitssozialisten, der Spartakusgruppe und den Unabhängigen. Rednerin glaubt, daß trotz getrennter Wahl für die Nationalversammlung beide Parteien, die ihre Listen verbinden werden, nach der Wahl sich vereinigen, da das Trennende zwischen diesen Parteien, die Kriegspolitik, nicht mehr in Frage komme. In der Versammlung war besondere Stimmung für die unabhängige Sozialdemokratie nicht vorhanden.

— **Versamlung der Arbeitslosen.** Im großen Saale des Viktoriaparks fand gestern mittag 12 Uhr eine große öffentliche Arbeitslosenversammlung statt, die aber allem Anschein nach zum wenigsten aus wirklich Arbeitslosen bestand. Die Versammlung wurde durch Herrn Neumann vom Gewerkschaftskartell der freien Gewerkschaft mit der Mahnung zu ruhiger und sachlicher Aussprache eröffnet. Als Vertreter des Magistrats war Herr Assessor Dr. Meier anwesend. Herr Makowski bat in polnischer und deutscher Sprache, in den Erörterungen alles Persönliche zu vermeiden, damit nicht das Bestreben der gemeinsamen friedlichen Zusammenarbeit von Deutschen und Polen gefährdet werde. Daß die Stadt den Forderungen der Arbeitslosen so wenig Gehör geschenkt habe, liege wahrscheinlich darin begründet, daß die Stadt sich bisher nicht ernstlich mit der Frage beschäftigt habe. Herr Assessor Dr. Meier: Die Stadtverwaltung hat für die mißliche Lage der Arbeitslosen volles Verständnis, sie wird ihnen entgegenkommen, soweit das Gesetz es erlaubt. Als die Reichsregierung seinerzeit den Erlaß über die Arbeitslosenfürsorge bekannt gab, haben wir hier in Thorn sofort einen Demobilmachungsausschuß gebildet, bestehend aus Herrn Oberbürgermeister Dr. Hasse, je drei Mitgliedern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und mir. Diesem Demobilmachungsausschuß sind die Arbeitslosenfürsorge und der paritätische Arbeitsnachweis unter Vorsitz der Frau Syndikus Kelch untergeordnet. Nach der ersten Sitzung des Demobilmachungsausschusses war man sofort bereit, genügende Arbeitsgelegenheit durch sogenannte Notstandsarbeiten zu verschaffen, da man mit Recht der Meinung sein konnte, daß die Verhandlungen mit dem Staat und den Zentralbehörden sich in die Länge ziehen würden. (Allgemeine Unruhe unter den auf der Bühne versammelten Arbeitslosen). Der Vors. mahnt zur Ruhe und bittet dringend unter allen Umständen an dem in den Gewerkschaftsversammlungen herrschenden parlamentarischen Ton festzuhalten und den Redner nicht durch Zwischenrufe zu unterbrechen, sonst sehe er sich veranlaßt, zum Schaden der Arbeitslosen die Verhandlungen abzubrechen. (Lebhaftes Bravo). Herr Assessor Dr. Meier fährt darauf in seinem Vortrag fort. Die hiesigen Behörden haben nicht viel erreichen können, da ihre Mittel begrenzt waren. Trotzdem ist für 3 Monate Arbeit für 1000 Arbeiter vorhanden. Von einer großen Arbeitslosigkeit kann in Thorn nicht die Rede sein. Seit dem 1. Dezember haben wir nur 15 Anträge auf Erwerbslosenunterstützung gehabt, von denen zwei sofort entschieden, die übrigen dagegen abgewiesen wurden, weil die Antragsteller die ihnen zugeteilte Arbeit nicht angenommen haben. Den Gewerkschaften steht jederzeit der Einblick in die Akten zur Verfügung. Es ist soviel Arbeit vorhanden, daß wir sofort 500 Arbeiter, wenn es sein muß, einstellen können. Von verschiedenen Arbeitslosen wird darauf sofortige Entlassung der in den städtischen, staatlichen und militärischen Betrieben beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte gefordert. Besonders beklagen sich einzelne, daß auf die körperliche Geneigtheit des Arbeitsuchenden zu wenig Rücksicht genommen werde. Herr Assessor Dr. Meier macht darauf auf den paritätischen Arbeitsnachweis aufmerksam, dem es obliege, in derartigen Streitfragen Stellung zu nehmen. Seit Wochen sei man bereits am Werke, die Frauen aus den Betrieben zu entlassen, doch sei es nicht angängig, auf einmal eine solche Veränderung vorzunehmen. Vor allem müsse man auch bei den Kriegerwitwen Rücksicht üben. Herr Raube glaubt versichern zu können, daß eine Polengefahr für Thorn nicht besteht, da alle etwa bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungswege erledigt werden könnten. Herr Sokolowski behauptet, andere Städte hätten in der Arbeitslosenfürsorge viel mehr getan als die Stadt Thorn. Daß die Militärbetriebe sich geneigt gezeigt haben, Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, sei kein Verdienst der Stadtverwaltung, die bislang überhaupt nichts getan habe, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. (Anhaltender Lärm. Rufe: Runter mit dem Magistrat). Redner fährt fort: Ich appelliere aber an die gesunden Arbeitslosen, die ihnen übertragenen Notstandsarbeiten auch auszuführen und keinen Widerstand zu leisten. Es ist unbedingt nötig, daß sie den Notstandsarbeiten das richtige Verständnis entgegenbringen und sich an ihnen beteiligen. Herr Assessor Dr. Meier dankt Herrn Sokolowski für den Appell an die arbeitende Bevölkerung, darauf hinweisend, daß, jedem Arbeitsuchenden nach Möglichkeit die für ihn geeignete Arbeit zu verschaffen, das Bestreben des Arbeitsnachweises sein werde. Wenn Herr Sokolowski aber glaube, daß seitens der Stadt noch keine Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, so könne er dem entgegenhalten, daß die Stadtverordnetenversammlung 200 000 Mark für diese Zwecke bewilligt habe. Das Kriegsministerium habe ausdrücklich abgelehnt, militärische Arbeiten vornehmen zu lassen, mit Ausnahme der Beseitigung der Drahthindernisse. Frau Syndikus Kelch drückt ihr Erstaunen darüber aus, daß angeblich eine so große Zahl Arbeitsloser in Thorn vorhanden ist. Der Arbeitsnachweis, dem sie seit über 4 Jahren vorstehe, habe stets im Interesse der Arbeiter gewirkt. Leider sei er nur von wenigen in Anspruch genommen worden, um so mehr wundere sie sich über die vielfach vorgebrachten Beschwerden. Rednerin bittet die Arbeitslosen, die Hilfe des Arbeitsnachweises vertrauensvoll in Anspruch zu nehmen. Herr Böhme: Wir sind uns der Notlage der Thorner Arbeiterschaft bewußt. Wenn von der Stadtverwaltung behauptet wird, es gibt keine Arbeitslosigkeit in Thorn, so straft diese Versammlung sie Lügen. Wir verlangen weiter nichts als Arbeit und Brot. Vergessen Sie aber nicht, daß wir als erwerbstätige Bevölkerung gemeinsam arbeiten müssen, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern, vergessen Sie, was unsere alte Regierung an den Polen gesündigt hat. Ich erinnere Sie an unseren Kampfruf: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Lebhafte Bravorufe). Herr Becker ergeht sich wieder in Vorwürfen gegen die Spitzen der städtischen Behörden, deren Rücktritt er fordert. Im Anschluß hieran hielt ein Soldat polnischer Nationalität in polnischer Sprache eine Rede, in der er zum Ausdruck bracht, daß in Thorn die polnische Fahne mit demselben Recht wie die deutsche und sozialistische entfaltet werden dürfe. Im Verlauf dieser Rede entstand im Hintergrund der Bühne Lärm, worauf von mehreren jungen Polen unter dem Bravorufen der im Saal anwesenden Polen eine polnische Fahne mit dem weißen Adler entrollt wurde. Herr Makowski, der seiner Angabe nach darum bemüht war, die Polen an diesem Vorgehen zu hindern, bittet diese Handlungsweise der jungen Leute nicht als Mittel zur Aufreizung zu betrachten. Wir verlangen aber, so fuhr er fort, daß man uns von deutscher Seite nichts in den Weg legt und uns zu Schritten veranlaßt, die unter allen Umständen vermieden werden müssen. Die Einberufung dieser Versammlung hätte sich erübrigt, wenn die Stadtverwaltung sich schon früher an die Arbeiterschaft gewandt hätte. Ich will niemanden angreifen (!), aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein Stadtoberhaupt, Herr Oberbürgermeister Dr. Hasse, wenn er zu einer Versammlung, wie der heutigen, geladen wird, zu erscheinen hat, sonst gehört er eben nicht in die städtische Verwaltung hinein. (Langanhaltender Lärm). Herr Raube: Schon zweimal hat der A.- und S.-Rat Verhandlungen mit dem polnischen Volksrat gepflogen. Wir teilen die Ansicht der Polen, daß nur Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden können, wenn Polen und Deutsche miteinander gehen. Gerade Sie, meine polnischen Arbeiter, „die nach der Friedenskonferenz dieses Land aus unseren Händen übernehmen soll," haben den größten Schaden davon, wenn die Stadt durch blutigen Bruderkrieg in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist berechtigt, daß neben den sozialistischen und deutschen Fahnen auch die polnische Fahne weht. Und doch möchte ich Sie, um die Ruhe und Ordnung in der Stadt nicht zu gefährden, von diesem Schritt zurückhalten. Die Reaktion ist so am Werk, daß wir mit einem aggressiven Vorgehen das Gegenteil erreichen. Es hat ebenso keinen Zweck, von polnischer Seite jetzt gegen die Deutschen vorzugehen, dann hätten wir einen Bruderkrieg schlimmer als in Posen. Sie wollen sich Ihre polnische Stimmzahl sichern, das erkenne ich gewiß an. Wir wollen auch mit dem polnischen Volksrat Hand in Hand arbeiten und die Friedenskonferenz abwarten. Wir haben die Verantwortung über dieses Land und damit die Pflicht übernommen, es zu beschützen für den Nachfolger, der dieses Land übernehmen wird. Wir stehen unbedingt auf dem Boden der Sozialisten, der Arbeiter und der Polen. Aber über jedes Nationalitätsgefühl geht die Menschlichkeit. Mit Radikalismus kommen wir nicht weiter, daher bitte ich nochmals um Besonnenheit und Ruhe! In sechswöchiger Zusammenarbeit mit dem Magistrat hat der A.- und S.-Rat feststellen müssen, daß Herr Oberbürgermeister Dr. Hasse nicht der rechte Mann an der Spitze der Stadt ist. Gewaltsam können wir gegen ihn nicht vorgehen. Wir müssen einen anderen für ihn haben, das geht aber nur im Wege der Verhandlung. Der Vorsitzende schließt darauf die Aussprache und schlägt vor, einen neungliedrigen Ausschuß zu wählen, der mit dem A.- u. S.-Rat die Wünsche der Arbeitslosen prüfen und sie dem Magistrat bekannt geben soll. Die Versammlung bestimmt darauf hierfür sechs Herren aus den Arbeitslosen und je einen Herrn aus dem Gewerkschaftskartell Thorn, dem Gewerkschaftskartell des polnischen Berufsverbandes und dem A.- und S.-Rat. Um 2.30 Uhr wurde die Versammlung, die zeitweise einen recht erregten Verlauf nahm, geschlossen.

— **Reichsverband deutscher Staatsarbeiter** (früher Zentralverband deutscher Militär-Handwerker und Arbeiter). Die Ortsgruppe Thorn des früheren Zentralverbandes deutscher Militärhandwerker und -Arbeiter, der noch der Revolution seinen Namen in „Reichsverband deutscher Staatsarbeiter" umgeändert hat, hielt am Sonntag mittag unter dem Vorsitz des Parteisekretärs Hoppe-Graudenz im Bürgergarten eine gut besuchte Versammlung ab. Herr Hoppe ermahnte in seinem Vortrage „Was sagt der Arbeiterschaft die Revolution?", die Errungenschaften, die dem Arbeiter durch die Revolution zugefallen sind, festzuhalten. Dieses könne nur durch engen Zusammenschluß der Arbeiter gewährleistet werden. Die Militärarbeiter bekämpfen sowohl jede Reaktion wie den Bolschewismus, durch den alles bisher durch die Revolution Erreichte am meisten bedroht sei. In großen Zügen entwarf der Redner sodann ein Programm der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Durch Aufteilung des Riesengrundbesitzes sei die Möglichkeit gegeben, 1 bis 2 Millionen Kriegsbeschädigter unterzubringen. Für diese großzügige Agrarreform zu kämpfen, sei die Ehrenpflicht jedes Arbeiters. Da die Revolution auch dem Militärarbeiter Freiheit des Wortes gebracht habe, solle man nicht, wie von verschiedenen Seiten angestrebt werde, aus dem Ortsverbande zugunsten der Freien Gewerkschaften ausscheiden. Diesem Punkte stimmten alle Anwesenden zu. Es erfolgten 20 Neuaufnahmen.

— **Die Militär-Handwerker und Arbeiter** hatte das Gewerkschaftskartell Thorn gestern nachmittag 4 Uhr nach dem Gasthaus Rüster in Thorn-Mocker zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, um darüber Aufschluß zu erhalten, wie sie sich zu der Frage der Verschmelzung des Reichsverbandes deutscher Staatsarbeiter (früheren Zentralverbands deutscher Militärhandwerker und -Arbeiter) stellen. Herr Sokolowski sprach über die neue Arbeiterbewegung und verbreitete sich eingehend über die Entstehung der Organisationen. In scharfen Worten bekämpfte er die christlichen Gewerkschaften, die er zum Anschluß an die freien Gewerkschaften zu bestimmen suchte. Herr Parteisekretär Hoppe erklärte demgegenüber, daß man wohl Hand in Hand arbeiten könne, ohne sich zu bekämpfen, daß aber die Freiheit des politischen Denkens jedem Einzelnen gewahrt bleiben müsse. Er halte es keineswegs für richtig, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in eine bestimmte politische Richtung hineingedrängt werden sollten. Trotzdem stimmten die anwesenden Militärhandwerker u. -Arbeiter einstimmig der von Herrn Neumann vorgeschlagenen Entschließung zu: „Die heute am 5. Januar im Gasthause Rüster zu Thorn-Mocker abgehaltene Versammlung der Militär-Handwerker und Arbeiter erklären sich mit den Bestrebungen der freien Gewerkschaftsbewegung einverstanden und wollen mit aller Kraft für deren Ausbreitung eintreten." (Ob damit wohl auch die übrigen Militär-Handwerker und -Arbeiter, die in ihrer Versammlung im Bürgergarten am Vormittag das Gegenteil beschlossen haben, einverstanden sein werden?)

— **Turnverein Thorn, e. V.** Der Turnverein hielt am Freitag im Tivoli seine ordentliche Jahresversammlung ab, die infolge der Teilnahme der bereits aus dem Felde zurückgekehrten Turner recht gut besucht war. Der Vorsitzende Kraut eröffnete die Versammlung, worauf Professor Dr. Hohnfeldt den allgemeinen Jahresbericht und Klar den Kassenbericht erstattete. Der Turnbetrieb konnte, trotzdem die Hauptabteilung ganz ausfiel, da alle Mitglieder im Heere standen, vom April an mit wenigen Unterbrechungen aufrecht erhalten werden. In der Jugendabteilung wurde an 27 Abenden mit zusammen 1435 Turnbesuchern geturnt. Außerdem hat die Altersabteilung 51 Turnmärsche mit einer Gesamtstrecke von 1039 Kilometern unternommen. Mit den im Heere befindlichen Turngenossen wurde ein reger Verkehr aufrecht erhalten. — Die ausscheidenden Turnratsmitglieder Dr. Prowe, Giese und Gehrke wurden wiedergewählt, Carl Kelsch zum Leiter der Jugendabteilung neugewählt. Der 1. Vorsitzende Kraut legte sein Amt nieder; an seine Stelle wurde Dr. Hohnfeldt gewählt. Kraut wurde zum Ehrenturnwart des Vereins mit Sitz und Stimme im Turnrat ernannt. Den eifrigsten Turnern wurde das „Jahrbuch der Turnkunst" als Anerkennung bewilligt.

— **Thorn-Podgorzer Turnerschaft.** Am vergangenen Sonnabend veranstaltete die Thorn-Podgorzer Turnerschaft im Hotel Dylewski ihre erste allgemeine Mitgliederversammlung, die zugleich mit einer Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Turnerkrieger verbunden war. Der Vorsitzende Professor Dr. Hohnfeldt betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß in den Vereinen der Deutschen Turnerschaft alle politischen und jede religiösen Erörterungen und Parteibestrebungen ausgeschlossen sind, daß aber die Vaterlandsliebe gepflegt wird. Die Turner liebten ihr Vaterland, als es auf der Höhe seiner Macht stand und sie lieben es auch jetzt, wo es schwer getroffen darniederliegt. Die heimgekehrten Turnerkrieger, die während des ganzen Krieges, auch wenn ihnen Tod und Gefangenschaft drohte, ihre Turnertreue dem Vaterlande gegenüber stets bewiesen haben, wurden in herzlicher Weise begrüßt; von einer rauschenden Begrüßungsfeier war den Zeitverhältnissen entsprechend Abstand genommen worden. — In dem geschäftlichen Teile wurde Studienrat Dr. Hohnfeldt zum Vorsitzenden, Gymnasiallehrer Giese zum Hauptturnwart und Rektor Zill zum Hauptschrift- und Kassenwart gewählt. Außerdem hat jeder angeschlossene Verein für jede seiner Abteilungen ein Mitglied als Beisitzer in den Vorstand zu entsenden. Die Einladungen zu den Vorstandssitzungen erfolgen der Regel nach nur durch das „Kreisblatt des Kreises 1 Nordosten der Deutschen Turnerschaft." Der Hauptturnwart wird alle 2 bis 3 Wochen eine Vorturnerstunde abhalten; die nächste findet am Sonntag, dem 12. Januar, vormittags 11 Uhr in der Jahrturnhalle statt. Als nächste gemeinsame Unternehmung ist eine Boethkefeier in Aussicht genommen.

— **Die Frauenhilfe für die Altstädtische ev. Gemeinde** versammelt sich Mittwoch, den 8. d. Mts., nachmittags 5 Uhr in der Gewerbeschule. Es findet eine Besprechung wegen der Wahlen zur Nationalversammlung statt.

— **Sportverein Vistula Thorn.** Auf die heutige Anzeige der Mitgliederversammlung weisen wir hin.

— **Zweierlei Maß.** Wir sind von jeher dafür eingetreten, daß die Rechte und Pflichten aller Staatsbürger ohne Ansehen ihres Glaubensbekenntnisses, ihres Volkstums und ihres Berufes mit gleichem gesetzlichen Maße gemessen werden sollen. Daher waren wir auch Gegner aller Ausnahmegesetze, somit auch der gegen die Polen gerichteten Ostmarkenpolitik. Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze ist einer der wichtigsten demokratischen Grundsätze. Aber was den Polen recht ist, muß den Deutschen billig sein. Nie und nimmer können wir Deutsche uns damit einverstanden erklären, daß eine Ostmarkenpolitik mit umgekehrter, gegen das Deutschtum gerichteter Front eingeführt wird, auch dann nicht, wenn wirklich deutsche Gebietsteile dem polnischen Staate einverleibt werden sollten. Wenn die Polen klug sind, werden sie dann nicht in denselben Fehler verfallen, den sie nicht ohne Grund der früheren preußischen Regierung zum Vorwurf gemacht haben. Aber vorläufig sind wir noch gar nicht so weit. Vorläufig gehört Thorn noch zum Deutschen Reiche, und wir hoffen, daß es so bleibe. Umso weniger geht es an, daß der Soldatenrat dem polnischen Bevölkerungsteil Rechte einräumt, die er den Deutschen versagt. Der Soldatenrat hat, soweit er dies vermochte, die deutschen Soldaten und Offiziere veranlaßt, die schwarz-weiße Kokarde abzunehmen. Er hat ferner zu verhindern gesucht, daß Fahnen mit dem preußischen Adler gehißt wurden. In den Straßen von Thorn sieht man jetzt Soldaten in deutscher Uniform mit weiß-roter (polnischer) Kokarde und mit dem weißen Adler, dem Sinnbild des polnischen Nationalstaates. Solche Soldaten waren mit dabei, als gestern in der Versammlung Arbeitsloser im Viktoriapark unter stürmischen Beifallsrufen polnischer Versammlungsteilnehmer auf der Bühne eine rote Fahne mit weißem Adler geschwenkt wurde. Es war unrichtig, das damit zu begründen, daß neben der deutschen und sozialistischen nun auch die polnische Fahne wehen soll; denn keine der anderen Fahnen war dort zu sehen. Was wäre wohl mit einem deutschen Soldaten geschehen, der dort versucht hätte, die preußische Fahne oder auch nur die deutsche zu entrollen? Es wäre zweifellos bei dem Versuch geblieben. Man hätte sicherlich dagegen geltend gemacht, daß eine nationale Kundgebung in eine solche Versammlung nicht hineinpasse. War aber das, was von polnischer Seite geschah, etwas anderes als eine nationale Kundgebung? Was weiter, wenn es gelegentlich irgendeinem Freund unserer Feinde einfällt, wie sich das in Posen

ereignet hat, neben der polnischen auch Fahnen der Entente zu hissen?

— **Eine Räuberbande in Stärke von 20 bis 30 Mann,** die bis an die Zähne bewaffnet waren, drang in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in die Baracken des am Leibitscher-tor befindlichen Festungs-Fuhrparks ein, überwältigte die Posten und raubte mehr als 20 wertvolle Pferde. Von den Verbrechern hat man keine Spur. Angenehme Zustände!

Hohensalza und die Provinz Posen.

Für Hohensalza höchst bedeutsame Beschlüsse sind dem „Kujawischen Boten" zufolge am Freitag in einer Sitzung gefaßt worden, an der neben dem Kommandeur des hiesigen Inf.-Regts. eine Anzahl führender Persönlichkeiten der deutschen und polnischen Bevölkerung teilnahmen. Anlaß zu der Versammlung boten die letzten Vorgänge in der Provinz Posen und die damit im Zusammenhang stehenden Unruhen in Hohensalza, die am Donnerstag abend ... Blutvergießen führten. Aus den Ausführungen des preußischen Ministers Ernst wird man ersehen haben, daß die Regierung — wenn die Auffassung des Ministers Ernst für sie maßgebend sein sollte — die Provinz Posen so gut wie aufgegeben hat.

Die polnischen Führer erklärten nun in der Versammlung, daß die Anwesenheit einer deutschen Garnison unter den jetzigen Verhältnissen auf die polnischen Mitbürger sehr aufreizend wirke. Sie verlangten deshalb, daß, wie in anderen Städten der Provinz, auch in Hohensalza das Militär abzieht. Anstelle des Militärs soll sofort eine militärische Organisation treten, die sich aus hier beheimateten Deutschen und Polen zusammensetzt. Es handelt sich also um eine sogenannte Sicherheitswache, der die Räume der Artilleriekaserne zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die an der Versammlung teilnehmenden deutschen Herren haben sich nach der ganzen Sachlage den Wünschen der Polen nicht verschließen können und beschlossen, diesen Rechnung zu tragen. Die deutschen Herren brachten einmütig zum Ausdruck, daß ihnen der Abzug der Garnison sehr nahegehe, daß aber Vorsorge getroffen werde, daß dieser Abzug mit allen militärischen Ehren erfolgen soll. Ein weiteres Verbleiben der Garnison wäre zwecklos und die Aufnahme eines Kampfes ziemlich aussichtslos. Es würde nur neues Blutvergießen zeitigen, außerdem liefe die Stadt auch Gefahr, in Trümmer geschossen zu werden. Die deutschen Führer hatten sich vorher die Ueberzeugung verschafft, daß die vorhandenen militärischen Kräfte nicht ausreichten und Verstärkungen nicht zu erwarten seien. Man stellte sich deshalb auf den Standpunkt der Tatsachen und beschloß, folgendes Telegramm an den Kriegsminister zu senden:

„Die unterzeichneten Vertreter der städtischen Körperschaften und des Kreises sowie des deutschen und polnischen Volksrates und des Vollzugsausschusses des Soldaten- und Arbeiterrates ersuchen, nach eingehender Rücksprache und mit Zustimmung des Kommandeurs des Infanterie-Regiments 140, die sofortige Zurückziehung des genannten Regiments anordnen zu wollen.

Die Zurückziehung ist nach den Vorgängen in anderen Garnisonorten der Provinz im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und zur Vermeidung weiterer Kämpfe und blutiger Zusammenstöße, wie sie bereits wiederholt und auch gestern stattfanden, dringend erforderlich.

Gleichzeitig bitten wir um Freigabe von 100 Gewehren nebst Munition für die zu bildende Sicherheitswehr."

Es herrscht Uebereinstimmung mit den Polen darüber, daß diese Aenderung nicht bedeute, daß Hohensalza schon jetzt einer polnischen Republik angegliedert werde. Es ist mit den Polen vereinbart, daß alle Behörden im Amte bleiben und an der ganzen Organisation nichts geändert wird. Ueber das endgültige Schicksal Hohensalzas und der Provinz Posen entscheide die Friedenskonferenz.

Seglein. Demokratische Versammlung. Die von der Deutschen demokratischen Partei zum 4. d. Mts. einberufene Versammlung war sehr gut besucht. Landwirt Hackbarth-Gramtschen vertrat in seinem Vortrage die Interessen des kleinen Bauernstandes im Gegensatz des Großgrundbesitzes, hierauf entwickelte Herr Hinz-Mocker das Parteiprogramm; von der Deutschnationalen Volkspartei waren als Redner die Herren Rechtsanwalt Buczkowski-Culmsee, die Lehrer Klatt und Paul aus Thorn und Pfarrer Franz-Seglein erschienen, es gelang diesen aber nicht, die Zuhörer für ihre Partei zu erwärmen. Die Anwesenden bekannten sich nahezu vollzählig als Anhänger der Deutschen demokratischen Partei, die in der hier gegründeten Ortsgruppe auch für die Zukunft einen festen Zusammenschluß des kleinen bäuerlichen Besitzstandes gewährleistet.

Hermannsdorf. Deutsche demokratische Partei. Auf wiederholt von der hiesigen Bevölkerung nach Thorn gerichteten Wunsch hatte die Deutsche demokratische Partei nach dem Gasthause des Herrn Eyding eine Werbeversammlung einberufen; der große Saal konnte die Erschienenen nicht fassen und schon hieraus ließ sich ersehen, daß die demokratischen Leitsätze auch hier Anklang und Begeisterung fanden. Dieses zeigte sich noch deutlicher, nachdem Herr Hackbarth-Gramtschen für einen starken Bauernstand eintrat, die Beschränkung des Großgrundbesitzes, Beseitigung der Fideikommisse und aller ähnlichen feudalen Vorrechte die gleiche Wahl zu den Kreisausschüssen und zu den Bauernräten, eine planmäßige Siedlungspolitik usw. verlangte, oftmals von reichem Beifall unterbrochen. Nachdem Herr Hinz-Mocker dann das Parteiprogramm weiter entwickelt hatte, kamen auch die Redner der Deutschnationalen Volkspartei zum Wort, doch konnten weder Herr Lehrer Paul noch Herr Lehrer Klatt etwas erreichen, auch Herr Rechtsanwalt Buczkowski-Culmsee, der für diese Partei eintrat, fand mit seinen Ausführungen bei den Anwesenden keinen Beifall. Es wurden die Vorbereitungen zur Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei sofort vorgenommen.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Offener Brief an den A.- und S.-Rat Thorn.

Bei einer Sitzung des Arbeiterausschusses des Artilleriedepots wurde von einem Mitglied des A.- und S.-Rates die Bemerkung gemacht, daß die Vertreter der Arbeiter des Artilleriedepots aus dem Soldaten- und Arbeiterrat entfernt worden sind.

Die rechtmäßig von 2645 Köpfen gewählten Vertreter der Arbeiterschaft fordern hiermit den A.- und S.-Rat auf, falls diese Sache auf Wahrheit beruht, sich hierzu öffentlich zu äußern. Nach einer Zeitungsnotiz sollte der Arbeiterrat vergrößert werden, es war aber nichs von einer Neuwahl gesagt.

Wo bleibt da die so oft angekündigte Freiheit des Arbeiters?

Sind einige Hundert Arbeiter berechtigt über das Schicksal ihrer Mitarbeiter selbst zu bestimmen?

Vertritt der A.- und S.-Rat Parteiinteressen oder das Allgemeinwohl?

Unsere Arbeiterschaft verlangt Arbeit und Brot, sowie Freiheit in politischen Dingen. Wenn auf die Arbeiterschaft ein Druck ausgeübt wird, so bleibt von der Freiheit nicht viel übrig und wir kommen aus dem Regen in die Traufe.

Die Arbeiterschaft verlangt ferner Aufklärung weshalb ihre gemäßigten Lohnforderungen solange verzögert wurden, sodaß jetzt die Not anklopft?

Wir betonen nochmals als Vertreter der Arbeiter, daß wir geschlossen hinter der Regierung stehen, aber einseitiger Behandlung unserer Arbeiterschaft nicht zustimmen können.

Die Vertreter der Arbeiterschaft des Artilleriedepots im A.- und S.-Rat Thorn.

Vom Rathaus in Thorn weht seit längerer Zeit die rote Fahne. Wenn man zur Arbeit geht oder von der Arbeit kommt, fragt man sich warum das Rathaus geflaggt hat? — Das Rathaus einer Stadt ist ihr offizielles Gebäude und dokumentiert durch sein Aeußeres die Würde der Stadt. — Geflaggt wird von solchem Gebäude nur bei offiziellen Festtagen der Stadt oder des ganzen Landes. Zu solchen Festlichkeiten liegt meines Erachtens nicht die geringste Veranlassung vor. Es ist ja aber auch nicht die Flagge der Deutschen Republik, die dort gehißt ist, sondern die Flagge einer Partei, und daß die als offizielle Flagge von einem solchen Gebäude unmöglich ist, wird man einem Hanseaten wohl zugeben.

Walter Becker, Heiligegeiststraße 1.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden anläßlich des Todes unseres geliebten Sohnes, Obertertianers

Alfred Irmer

und die trostreichen Worte des Herrn Superintendenten Waubke sagen wir unseren

herzlichsten Dank.

Familie Irmer.

Gestern abend 6¼ Uhr entschlief sanft mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater und Großvater

Carl Seibicke

im vollendeten 85. Lebensjahre.

Thorn, den 6. Januar 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Anna Seibicke geb. Trienke.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des altstädt. evang. Friedhofes aus statt.

Odeon-Lichtspiele

Gerechtestraße 3.

Von Dienstag bis Donnerstag:

Goldelse.

Ein Gesellschaftsroman in 5 Akten nach dem gelesensten Roman von **Marlitt.**

Hauptrolle Edith Möller als Goldelse.

Personen:

Ediths Vater	Karl Topfer
von Valde	Karl Auen
Baronin Lessen	Marga Lind
Baron Hollfeld	Fritz Conrad
Forstmeister Ferber	H. Richter

u. s. w.

Sein Strandliebchen

Lustspiel in 3 Akten.
Hauptdarsteller **Gerhard Daumann** und seine Partnerin **Hansi Dege.**

Personen:

Rentier Müller	Gustav Hartwig
Hansi, seine Tochter	"
Pauline, Müllers Schwester	Marga Hartwig
Gerhard, Schauspieler	"
Fritz Koller, Schauspieler	Paul Geßner.

Aenderungen vorbehalten.

Voranzeige:

Odeon Vom 10. bis 13.: **Keimendes Leben.** Kulturfilm, 6 Akte. — Vom 10. bis 13.: **Testamentsheirat,** mit Paul Heideman.

Metropol Friedrichstraße 7 — Friedrichstraße 7
Fünf Minuten zu spät
Drama mit **Mia May.**
Verlobungsauto, Lustspiel.

Metropol-Theater

Friedrichstraße 7

Täglich von 3—10 Uhr geöffnet.

Von Dienstag bis Donnerstag:

Die Glocken der Katharinenkirche

Detektivschauspiel in 4 Akten von Marg. Lindau-Schulz.

Hauptdarsteller:

Frau von Dürren	Frau Dr. Veit
Antje, deren Tochter	Fräulein Salten
von Laak	Herr Ziener
dessen Frau	Frl. von Paulen

Bubi der Tausendsassa

Lustspiel in 2 Akten.

Hauptdarsteller: Bubi	"
Kurt, dessen Bruder	Curt Vespermann
Onkel Liebetreu	Herm. Laux
Frl. Platznich	Tante Voß

u. s. w.

Aenderungen vorbehalten.

Aufruf!

Kameraden, Mitbürger, Volksgenossen!

Danzig und Westpreußen sind in Gefahr!

Die Polen der Provinz Posen haben sich unter Bruch der Versicherungen ihrer Führer erhoben, haben Posen, Gnesen und zahlreiche andere Orte besetzt und sind im Vordringen auf Westpreußen.

Unserer Heimatprovinz droht das gleiche Schicksal wie der Provinz Posen.

Man will widerrechtlich Regierung und Friedenskonferenz **vor vollendete** Tatsachen stellen.

51 Monate ist es uns gelungen, das deutsche Vaterland vor Zertrümmerung und Verwüstung zu schützen. **Sollen wir jetzt willen- und tatenlos vor polnischen Machtansprüchen kapitulieren?**

Den polnischen Heißspornen muß unzweideutig gezeigt werden, daß die deutsche Bevölkerung Westpreußens fest entschlossen ist, allen polnischen Umtrieben mit ruhiger Entschlossenheit und, wenn es sein muß, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten.

Wir fordern daher alle **deutschgesinnten Männer,** die bereit sind, freiwillig Leib und Leben für unsere Heimatprovinz einzusetzen, **auf, sich umgehend für den** die Sicherung in der ganzen Provinz ausführenden

Grenzschutz Ost
(Abteilung für Westpreußen)

zu melden.

Annahmestellen befinden sich bei allen militärischen Dienststellen.

Zulässig sind auch **Meldungen Freiwilliger unter Bildung ganzer eigener Formationen** (Zügen, Kompagnien), die auch in ihrem Dienst zusammenbleiben und geschlossen zu verwenden sind.

Wer nicht sofort von seiner Arbeit und Tätigkeit fort kann, melde sich mündlich oder schriftlich beim Landrat oder Magistrat unter Angabe der Wohnung und des Militärverhältnisses sowie der Verwendung während des Krieges, und lasse sich in die Listen eintragen. **Meldungen** werden in den Landkreisen vom Landratsamt, in den selbständigen Stadtkreisen vom Magistrat entgegengenommen.

In Frage kommen nur mit der Waffe ausgebildete, möglichst im Felde gewesene Männer.

Aus den zuletzt genannten Freiwilligen soll eine **Reserve der freiwilligen Bürgerwehr** gebildet werden, die erst im Falle äußerster Gefahr zur Verstärkung der bestehenden Sicherheitsorgane bestimmt ist. Nähere Angaben über die Sammelpunkte dieser Bürgerwehr im Falle ihres Aufrufs, über Verausgabung von Waffen und Munition, Ausweise usw. werden den Freiwilligen durch die Landratsämter und Magistrate schriftlich zugehen.

Nicht reaktionäre oder militaristische Ziele treiben uns zu diesem Aufruf. **Wir wollen nur deutsche Städte und Gaue schützen, deutsche Kornkammern und Kulturstätten vor räuberischen Übergriffen bewahren.** Wir können die großen Lebensmittelvorräte der Ostprovinzen vor dem Friedensschluß und vor auswärtiger Zufuhr nicht entbehren.

Wir müssen dem deutschen Ostheer den Weg ins Innere Deutschlands offen halten. Ist Westpreußen verloren, so ist ihm der letzte Weg zur Heimat versperrt!

!! Meldet Euch darum noch heute !!

Der Vollzugsausschuß
Gehl Fitzner Langanke.

Der kommandierende General
v. Petersdorff.

Der Oberpräsident
v. Jagow.

Tanzlehrinstitut M. Joeppe-Plaesterer

Beginn der neuen Kurse:

Mitte Januar.

Anmeldungen erbeten Mauerstraße 52, part. l.

Viktoria-Park.

Dienstag und Donnerstag:

Großer Ball

Spiegelglatter Parkettfußboden.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Möbl. Zimmer

zu verm. Koppernikusstr 37, 2 Tr.

Ein mittelgroßer heller

Laden,

Elisabethstraße 12/14, mit darunterliegendem Keller, Gas, Elektrischlicht, Wasser und Zentralheizung versehen ist per sofort zu vermieten.

Gustav Heyer,
Breitestraße 6. — Fernruf 517.

Eine Wohnung

von 3—4 Zimmer möglichst mit Garten wird vom 1. April oder früher zu mieten gesucht. Adr. erb. unt. B. 187 der Gesch. dies. Zeitung.

Stadt-Theater

Dienstag, 7. Januar, 7½ Uhr:
„Mein Leopold."

Mittwoch, 8. Januar, 7½ Uhr:
Literarischer Abend. Zum 1. Male!
Außer Abonnement!
„Der Weibsteufel."

Donnerstag, 9. Januar, 7½ Uhr:
„Die Fahrt in's Glück."

Thorner Liedertafel e. V.

Dienstag, den 7. Januar 1919

Haupt-Versammlung

Aufnahme neuer Mitglieder
Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Sangesbrüder erwünscht.

Der Vorstand.

Altstädt. ev. Kirchenchor.

Mittwoch, den 8. Januar

keine Uebungsstunde

Der Vorstand.

Sportverein „Vistula" Thorn

Am Mittwoch, den 8. Jan. 1919
abends 8 Uhr
im Restaurant „Löwenbräu" (Martin)
Baderstraße

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung.
2. Vorstandswahl.
3. Aufnahme des Sportbetriebes.

Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich. Freunde des Rasensports sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

Der Kandidat der deutschen demokratischen Partei Herr Weinhausen

spricht am Donnerstag abend

im Artushof.

Kleintierzucht-Verein.

Monats-Versammlung

findet erst am **14. d. Mts.** abends 8 Uhr im Lokal des Kaufmann S. Retz statt Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Von sofort oder später wird im Mittelpunkt der Stadt am liebsten Breitestraße eine

Wohnung

von 6—7 Zimmern für einen kinderlosen Haushalt gesucht. Off. unt. A. R. 186 an die Gesch. dies. Zeitung.

In der Neujahrsnacht sind mir aus meinem Hausflur

1 Fahrrad

Marke Brennabor (Knabenrad)

gestohlen worden.

Ferner sind mir von einem andern Rade die Gummireifen und Schläuche heruntergeschnitten worden.

Eine angemessene Belohnung erhält derjenige, der mir zu meinen Sachen verhilft und die Diebe nachweist, sodaß deren Bestrafung erfolgen kann

Paul Tarrey,
Eisenhandlung.